



BEAUFTRAGTER DER LANDESREGIERUNG FÜR MIGRATION  
UND INTEGRATION

Mainz, 17. November 2011  
Nr. 088

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Astrid Eriksson  
Pressesprecherin  
Telefon 06131 16-5632  
Pressestelle@mifkjf.rlp.de

## Rechtsterrorismus

### **Vicente: Migranten verlieren Vertrauen in den Staat – jetzt sind umfassende Aufklärung und Solidarität gefordert**

Die möglichst schnelle und umfassende Aufklärung der rechtsextremen Mordserie, fordert der Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration, Miguel Vicente. „Das Vertrauen der Zuwanderer in die deutschen Ermittlungsbehörden ist zutiefst erschüttert. Wir brauchen eine glaubhafte und nachvollziehbare Antwort darauf, warum die mutmaßlichen Täter über 13 Jahre unbehelligt Menschen ermorden konnten.“ Außerdem will Vicente wissen, warum die Ermittlungsbehörden offenbar zunächst die Opfer selbst in das kriminelle Milieu eingeordnet haben. „Das lief nach dem Motto: Das sind Türken, also müssen sie etwas mit Drogen oder Mafia zu tun haben. Das ist eine respektlose Diskriminierung! Es muss für die Angehörigen furchtbar gewesen sein, einen geliebten Menschen zu verlieren und sich anhören zu müssen, er sei vermutlich kriminell gewesen.“

Der Landesbeauftragte für Migration und Integration begrüßt es daher, dass der Bundespräsident Angehörige der Opfer heute in Berlin empfängt. Dies sei nicht nur eine wichtige Geste der Anteilnahme, sondern auch des Bedauerns.

„Es ist geradezu unerträglich, dass in einem freien, demokratischen Staat Menschen Angst um ihr Leben haben müssen, nur weil sie anders aussehen. Es ist unfassbar, dass Rassisten sie deshalb regelrecht hingerichtet haben. Jetzt brauchen wir nicht nur



## PRESSEDIENST

---

klare Bekenntnisse sondern auch Maßnahmen - das sind wir den Opfern schuldig. Es gilt endlich die zersetzende rechtsextreme Kraft überall mit aller Härte zu begegnen, wo sie sich entfaltet. Dazu gehört auch die erneute Prüfung eines NPD-Verbots.“

Neben den rechtsstaatlichen Restriktionen müsse die Gesellschaft jetzt aber auch um eine offene tolerante Geisteshaltung in Deutschland kämpfen. „Fremdenfeindliches und rassistisches Gedankengut darf nicht bis in die Mitte der Gesellschaft vordringen und sich dort in den Köpfen festsetzen. Diese Gefahr besteht – das wissen wir spätestens seit der im letzten Jahr von Sarrazin losgetretenen ‚Integrationsdebatte‘.“